

Michael A. Lange **Ägypten
und die
Friedensbemühungen
im Sudan**

Im vergangenen Juli wurde zwischen der sudanesischen Regierung unter Führung des 1989 durch einen Militärputsch an die Macht gelangten Omar Hassan al Bashir und der Sudan People Liberation Army (SPLA) unter Führung von John Garang überraschend Einigung über ein Memorandum erzielt, in dem die Rahmenbedingungen für eine Beendigung des nahezu 20-jährigen Bürgerkriegs im größten Staat Afrikas festgelegt wurden. Diese Vereinbarung könnte, so die Hoffnung politischer Beobachter, den Weg frei machen für die Beendigung des 1983 ausgebrochenen Bürgerkriegs, dem bisher etwa zwei Millionen Menschen zum Opfer gefallen sind und der mehr als drei Millionen zu Flüchtlingen gemacht hat.

■ **Das Machakos-Memorandum**

Im Kern besagt die Vereinbarung, dass mit sofortiger Wirkung ein Waffenstillstand in Kraft treten und den Gebieten unter der Kontrolle des SPLA weitgehende Autonomie von der Zentralregierung in Khartum zugestanden werden soll; die bislang im ganzen Land geltende *Scharia* wird in diesen künftig autonomen Gebieten ab sofort nicht mehr verpflichtend zur Anwendung kommen: d.h. dass der bisherige Status der *Scharia* als einziger Rechtsquelle im Sudan aufgehoben und dahingehend verändert wird, dass sie in Zukunft nur noch eine, wenn auch wichtige, von mehreren Quellen der Rechtssprechung sein wird.

Ebenso sieht die Vereinbarung vor, dass die kommenden sechs Jahren eine Übergangsperiode sein sollen, in der sich die beiden Teilregionen des Sudan über eine neue Staats- und Regierungsform einigen werden, wobei nicht von vorneherein ausgeschlossen wird, dass sich der Süden auf der Grundlage eines Referendums vom Sudan abspaltet und seine Selbstbestimmung in einem eigenen staatlichen Gebilde verwirklicht.

Das in diesem Memorandum nach fast siebenjährigen Verhandlungen erstmals anerkannte Selbstbestimmungsrecht der teils christlichen, teils animistischen Mehrheit im Süden des Landes musste den Nachbarn im Norden aus verschiedenen Gründen auf den Plan rufen. Auch wenn weitere Details, wie etwa die Aufteilung der Staatseinnahmen und -ausgaben und die Grenzen der jeweiligen Verwaltungsbe-

zirke des in Zukunft eher föderalen Staates, in den kommenden Wochen noch verhandelt werden müssen, erscheint klar, dass der alte Sudan der Vergangenheit angehört und wir es mit einer für die arabische Welt im Allgemeinen und für Ägypten im Besonderen hochbrisanten Entwicklung zu tun haben.

■ **Wirtschaftliche Hoffnungen**

Die Vereinbarung war sicher nicht zuletzt auf starken Druck westlicher Länder, darunter vor allem der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Norwegens, zustande gekommen, die alle gemeinsam mit wesentlicher Unterstützung des kenianischen Präsidenten Arap Moi und des ugandischen Präsidenten Museveni unter dem Dach der in Kenia ansässigen Intergovernmental Authority on Development (IGAD) eine Vereinbarung angestrebt hatten.

Die Verhandlungen hatten nach den Ereignissen vom 11. September 2001 an Intensität gewonnen, als die Vereinigten Staaten begannen, den Druck auf Länder wie den Sudan zu erhöhen, weil diese im Verdacht standen, den Terror zu unterstützen.

Präsident Bushs spezieller Emissär für den Sudan, der ehemalige Senator John Danforth, bemühte sich seitdem unablässig, die sudanische Regierung von der Notwendigkeit zu überzeugen, über einen (partiellen) Waffenstillstand hinaus, wie er schon bald für die Region der Nuba-Berge erreicht werden konnte, zu einer umfassenden Lösung der Sudanfrage zu gelangen und dabei gleichzeitig zu belegen, dass die Vorwürfe der Unterstützung islamistischen Terrors durch die sudanische Zentralregierung heute jeder Grundlage entbehrten.

Zweifellos ist auch richtig, dass umfassende Ölfunde im Sudan Ende der neunziger Jahre eine Einigung der Bürgerkriegsparteien beschleunigt hatten, schließlich waren beide Seiten nach langen Jahren des Bürgerkriegs nicht zuletzt auch finanziell erschöpft, wobei angesichts der Abhängigkeit der sudanischen Zentralregierung von „islamischer Finanzhilfe“ und der secessionistischen Gebiete im Süden des Landes von westlichen Hilfsleistungen eine Einflussnahme von außen ohnehin Erfolg versprach.

Nachdem die jüngst intensivierten Explorationsbemühungen ausländischer Unternehmen aus China, Malaysia und Kanada die sudanesischen Ölreserven

■ **Zweifellos ist richtig, dass umfassende Ölfunde im Sudan Ende der neunziger Jahre eine Einigung der Bürgerkriegsparteien beschleunigt hatten, schließlich waren beide Seiten nach langen Jahren des Bürgerkriegs nicht zuletzt auch finanziell erschöpft.**

auf insgesamt drei Milliarden Barrel bezifferten, von denen 700 Millionen als problemlos förderbar eingestuft wurden, offenbarte sich dem Sudan plötzlich die Aussicht auf eine Zukunft als Ölexporteur.

Der Zentralregierung in Khartum wurde bisher immer wieder vorgeworfen, die Einnahmen aus dem bislang geförderten Öl (täglich etwa 250 000 Barrel), das sowohl für den heimischen Verbrauch als auch für den Export verwendet wurde, einseitig zum Nutzen der nördlichen Landesteile einzusetzen bzw. damit den Bürgerkrieg zu finanzieren.

Die Vereinigten Staaten hatten in diesem Zusammenhang nach dem Amtsantritt des republikanischen Präsidenten Bush nicht zuletzt auf Grund des Einflusses christlicher Lobbygruppen im Kongress die seit Mitte der neunziger Jahre wegen der vermuteten Unterstützung des internationalen Terrorismus in Kraft getretenen Sanktionen gegen den Sudan beständig bzw. noch ausgeweitet.

Entsprechend betrachteten die Kämpfer der SPLA die Erdöl fördernden ausländischen Gesellschaften als legitime Ziele in ihrem Befreiungskampf, was sowohl die Förderung als auch die weitere Exploration im Süden des Landes behinderte. Die potenziell wachsenden Ölexporte, die im August 1999 mit ersten Lieferungen über die neue Pipeline nach Port Sudan begannen, schienen den Vereinigten Staaten offensichtlich Grund genug, die Bemühungen um eine Lösung des Konflikts zu intensivieren, zumal den „arabischen“ Friedensanstrengungen, d.h. den Bemühungen Ägyptens und Libyens, über Monate kein greifbarer Erfolg beschieden war.

Der (Süd-)Sudan könnte in Zukunft wegen der ansehnlichen Ölreserven unter den gegebenen Bedingungen zu einem neuen, wichtigen Akteur auf dem Welterdölmarkt werden. Für die Vereinigten Staaten bedeutet die Vereinbarung einen ersten Erfolg ihrer neuen Anti-Terror-Außenpolitik, die durch stärkeren diplomatischen Druck auf bestimmte den islamistischen Terror fördernde arabische Länder in der Region gekennzeichnet ist. Die Vereinbarung erlaubt die Wiederaufnahme freundschaftlicher Beziehungen zum Sudan und ermöglicht es US-amerikanischen Erdölunternehmen, im Sudan nach Aussetzung der Wirtschaftssanktionen wieder Fuß zu fassen, um in Zukunft am boomenden Öl-

Der (Süd-)Sudan könnte in Zukunft wegen der ansehnlichen Ölreserven unter den gegebenen Bedingungen zu einem neuen, wichtigen Akteur auf dem Welterdölmarkt werden. Für die Vereinigten Staaten bedeutet die Vereinbarung einen ersten Erfolg ihrer neuen Anti-Terror-Außenpolitik, die durch stärkeren diplomatischen Druck auf bestimmte den islamistischen Terror fördernde arabische Länder in der Region gekennzeichnet ist.

explorations- und Exportgeschäft wieder zu partizipieren.

■ Ägyptens Sorgen

Nachdem die Machakos-Vereinbarungen vom 20. Juli schließlich der Weltöffentlichkeit und dabei vor allem den erstaunten Nachbarstaaten, darunter vor allem Ägypten, bekannt gemacht worden waren, reagierten diese überrascht, ja konsterniert und eine hektische Reisediplomatie begann, hauptsächlich zwischen der sudanesischen, der libyschen und der ägyptischen Hauptstadt.

Vor allem die in den Vereinbarungen eröffnete Möglichkeit der südlichen Landesteile, sich im Rahmen eines Referendums vom Sudan loszusagen und einen eigenen Staat zu gründen, missfiel augenscheinlich sowohl der libyschen als auch der ägyptischen Regierung.

Diese hatten ein solch weitgehendes Zugeständnis an den Süden bzw. an die SPLA in ihren zahlreichen Vorschlägen zur Lösung des Sudankonflikts immer vermieden, weil sie der Meinung waren, die territoriale Integrität des Sudan müsste unter allen Umständen erhalten bleiben, nicht zuletzt, um ähnlichen Anliegen (ethnischer und religiöser Art) in anderen arabischen Staaten (Marokko, Algerien, Irak etc.) keinen unnötigen Auftrieb zu geben bzw. keinen aus ihrer Sicht gefährlichen Präzedenzfall zu schaffen.

Schließlich bringt diese Vereinbarung dem südlichen Landesteil u. a. die bisher verwehrte Religionsfreiheit und beendet einen Zustand, den vor allem die Öffentlichkeit überwiegend christlicher Länder, nicht zuletzt der USA, als islamische Diskriminierung von Christen charakterisiert haben. Dass das Thema auch für Ägypten keineswegs gegenstandslos ist, zeigt der Umstand, dass jüngst der Fall Saad Ibrahim zum Gegenstand politischer Unstimmigkeiten zwischen der ägyptischen und der amerikanischen Regierung wurde.

Für Ägypten, das seit jeher ein großes Interesse an den politischen Vorgängen im südlichen Nachbarland gezeigt hat, spielen im Falle einer Sezession des Südsudan vor allem zwei Überlegungen eine kritische Rolle.

Zum einen glaubt die ägyptische Regierung, dass die Gründung eines neuen Staates im Süden des Sudan

■ Die in den Vereinbarungen eröffnete Möglichkeit der südlichen Landesteile, sich im Rahmen eines Referendums vom Sudan loszusagen und einen eigenen Staat zu gründen, missfiel augenscheinlich sowohl der libyschen als auch der ägyptischen Regierung.

den Status quo, was die Verteilung des Nilwassers angeht, zur Disposition stellen könnte; zum anderen befürchtet sie, dass ein fragmentierter sudanesischer Reststaat im Norden eher einen islamistischeren Charakter annehmen könnte, als dies bisher der Fall ist.

Ägyptische politische Kommentatoren, wie etwa Salama Ahmed Salama, begannen, in entsprechenden Artikeln umgehend den Vereinigten Staaten zu unterstellen, sie hätten die ägyptisch-libyschen Bemühungen aus Antipathie gegenüber einem wachsenden libyschen Engagement in Afrika von Beginn an torpediert und ganz bewusst auf eine Teilung des Sudan hingearbeitet, um auf diese Weise ungestörter den Ölreichtum des sudanesischen Südens ausbeuten zu können.

Der Sudanexperte des ägyptischen Al Ahram Center for Strategic Studies, Gamal Abdel Gawad, verwies dagegen auf die Sorge Ägyptens angesichts der Gefahr einer Destabilisierung der politischen Verhältnisse im Sudan. Nach seiner Auffassung wird in ägyptischen Regierungskreisen befürchtet, dass nun legitime Sezessionschancen im Süden auch andere ethnische Gruppen im Osten des Sudan ermutigen könnten, Ähnliches anzustreben und damit eine Auflösung der territorialen Integrität des Sudan herbeizuführen, mit allen erdenklichen negativen Folgen für die südlichen Grenzregionen Ägyptens: etwa wachsende Flüchtlingsströme, Waffenschmuggel, islamistische Agitation.

■ Die ägyptische Regierung hat mit der Einbeziehung Libyens in die Friedensbemühungen einen entscheidenden Fehler begangen, so Gamal Abdel Gawad, indem dies der Anlass wurde, der die Vereinigten Staaten auf den Plan rief. Diese wollten, so meint er, verhindern, dass der im Zusammenhang der Gründung der Afrikanischen Union ohnehin zunehmende Einfluss Libyens auf den afrikanischen Kontinent weiter wachse.

Seiner Einschätzung nach hat die ägyptische Regierung mit der Einbeziehung Libyens in die Friedensbemühungen einen entscheidenden Fehler begangen, indem dies der Anlass wurde, der die Vereinigten Staaten auf den Plan rief. Diese wollten, so meint er, verhindern, dass der im Zusammenhang der Gründung der Afrikanischen Union ohnehin zunehmende Einfluss Libyens auf den afrikanischen Kontinent weiter wachse.

Der Berater des sudanesischen Präsidenten für den Machakos-Prozess, Ghazi Salah Eddin Atabani, versuchte in Gesprächen mit beiden Regierungen in der letzten Woche, diese Sorgen zu zerstreuen, und verwies auf die im Rahmen der IGAD beteiligten sieben ostafrikanischen Staaten, die alle auch ein Interesse an der friedlichen und einvernehmlichen Weiterentwicklung der Machakos-Vereinbarungen hätten.

■ Die Zukunft des Friedensprozesses

Das von Präsident Museveni arrangierte 95-minütige Treffen der beiden Protagonisten Bashir und Garang in Kampala am 20. Juli war nicht nur das erste direkte Zusammentreffen der beiden Kontrahenten, sondern zeigte auch, dass vor allem die südlichen Anrainerstaaten beabsichtigen, den Friedenprozess weiter voranzubringen.

Im kommenden Monat sollen die Gespräche zur Lösung der noch offenen Fragen in Kenia fortgesetzt werden, und es wird erwartet, dass dabei so wichtige Fragen wie:

- die politische Machtverteilung in einer Übergangsregierung,
- die Ressourcenverteilung (Erdöleinnahmen),
- die Organisation und die zukünftige Rolle der Streitkräfte sowie
- die exakten Bedingungen für einen dauerhaften Waffenstillstand

abschließend entschieden werden. Schließlich handelt es sich bei den bisherigen Vereinbarungen noch nicht um einen Friedensvertrag, vielmehr wurden sie von den Verhandlungspartnern, wohl zu Recht, erst einmal als eine „Brücke zum Frieden“ bezeichnet.

Unterschiede in den Vorstellungen der beiden Verhandlungsparteien sind weiterhin vorhanden.

So bestehen weiterhin Meinungsverschiedenheiten darüber, wo die genauen Grenzen eines südlichen Teilstaates verlaufen sollen. Die Vorstellungen der SPLA umfassen dabei nahezu alle Ölregionen, die sudanesisische Regierung besteht dagegen auf den traditionellen, kolonialen Provinzgrenzen aus dem Jahre 1956.

Was die zukünftige staatliche Struktur des Sudan angeht, hat sich die SPLA mit ihren Vorstellungen eines (kon-)föderalen, dreigeteilten Gebildes durchgesetzt, in dem der Süden sich eine säkulare Verfassung gibt und der Norden seine islamische Verfassung behält und für den Gesamtstaat in der sechsjährigen Übergangsphase eine neue Verfassung erarbeitet werden soll, wobei in der Landeshauptstadt die säkularen Verfassungsvorschriften Anwendung finden werden.

Was die Frage einer vereinigten Armee angeht, so bevorzugt die SPLA während der Übergangsperiode die Aufrechterhaltung der getrennten Verbände. Po-

■ **Was die zukünftige staatliche Struktur des Sudan angeht, hat sich die SPLA mit ihren Vorstellungen eines (kon-)föderalen, dreigeteilten Gebildes durchgesetzt, in dem der Süden sich eine säkulare Verfassung gibt und der Norden seine islamische Verfassung behält und für den Gesamtstaat in der sechsjährigen Übergangsphase eine neue Verfassung erarbeitet werden soll.**

litisch befürwortet sie dagegen eine möglichst alle Oppositionsgruppierungen umfassende Übergangsregierung, die sudanesishe Regierung möchte dagegen die Übergangsregierung vornehmlich aus eigenen und Vertretern der SPLA zusammensetzen.

Ungeklärt ist bisher, ob diese neu zu entsendenden Regierungsmitglieder demokratisch legitimiert, also gewählt werden sollen oder ob diese von den (beiden) Konfliktparteien ernannt, d.h. delegiert werden.

In diesem Zusammenhang ist interessant, dass der sudanesishe Präsident Bashir in der regierungsnahen Tageszeitung *Akhbar al Youm* in der Ausgabe vom 10. August verkündet hat, dass er bereit sei, alle militärischen Operationen, außer jenen, die allein der Selbstverteidigung dienen, einzustellen, nachdem es am Tag zuvor wohl zu einzelnen Feuergefechten zwischen SPLA und Regierungstruppen gekommen war.

Noch wichtiger schien dann die Meldung am folgenden Tage, dass seine Regierung das seit 1999 geltende Parteienverbot für solche politische Parteien aufheben werde, die vor seiner militärischen Machtübernahme über eine Parteilizenz verfügten bzw. im damaligen Parlament vertreten waren. Ob dies bedeutet, dass im Sudan wieder ein Mehrparteiensystem eingeführt werden soll, bleibt im Moment jedoch noch ungewiss.

Für Ägypten spielt neben den außenpolitischen Fragen sicher vor allem die Wasserproblematik eine große Rolle bei der Beurteilung der mit diesem Prozess verbundenen Risiken.

Nach einer Vereinbarung zwischen beiden Ländern aus dem Jahre 1959 stehen dem Sudan 18,5 Milliarden Kubikmeter und den südlichen Anrainerstaaten weitere 55,5 Milliarden Kubikmeter Nilwasser zu. Die Entstehung eines weiteren, Ägypten nicht notwendigerweise freundschaftlich gegenüberstehenden südlichen Anrainerstaates in Form eines unabhängigen Südsudan, der sich an diese Vereinbarung eventuell nicht gebunden fühlt, könnte das Aufteilungsabkommen von 1959 zur Disposition stellen. Dies würde gravierende Folgen für die Wasserversorgung Ägyptens und die Nachhaltigkeit der zahlreichen neuen, vom ägyptischen Präsidenten persönlich initiierten Bewässerungsprojekte in Oberägypten (Thoska) haben.

■ Nach einer Vereinbarung zwischen Ägypten und Sudan aus dem Jahre 1959 stehen dem Sudan 18,5 Milliarden Kubikmeter und den südlichen Anrainerstaaten weitere 55,5 Milliarden Kubikmeter Nilwasser zu. Die Entstehung eines weiteren, Ägypten nicht notwendigerweise freundschaftlich gegenüberstehenden südlichen Anrainerstaates in Form eines unabhängigen Südsudan, der sich an diese Vereinbarung eventuell nicht gebunden fühlt, könnte das Aufteilungsabkommen von 1959 zur Disposition stellen.

In einer Zeit, in der die Wasserproblematik eine immer stärkere Bedeutung für die politischen Beziehungen zwischen den Staaten der Region erhält, wo Israel gerade nach langjährigen Verhandlungen seine Wasserversorgung im Rahmen eines umfassenden Lieferabkommens mit der Türkei auf eine solide Grundlage gestellt hat und für den Libanon und Jordanien in Zukunft erhebliche Engpässe prognostiziert werden, sind solche neuen Unsicherheiten aus der Sicht der ägyptischen Regierung natürlich auch politisch, nicht zuletzt außenpolitisch, hoch brisant.

Quellen

Ismail Montassar, „Memo augurs well for Sudan“, in: *Egyptian Mail*, 3.8.2002, S. 6.

Ismail Montassar, „The long road ahead for Sudan despite Machakos memo“, in: *Egyptian Mail*, 10.8.2002, S. 6.

o.A. , „Sudan on path to peace but bumpy ride likely“, in: *Egyptian Mail*, 27.7.2002, S.6.

o.A. , „Western firms eye Sudan oil“, in: *The Egyptian Gazette*, 2.8.2002, S. 7.

Alsir Sid Ahmad, „Sudanese agree to hang up weapons“, in: *Middle East Times*, 27.7.–2.8.2002, S. 7.

Alsir Sid Ahmad, „Bashir, Garang move Sudan to Peace“, in: *Middle East Times*, 3.8.–9.8.2002, S. 14.

Lachlan Carmichael, „Western oil firms tap into Sudan peace“, in: *Middle East Times*, 27.7.–2.8.2002, S. 21.

Lachlan Carmichael, „Neighbors worry over Sudan peace plan“, in: *Middle East Times*, 3.8.–9.8.2002, S. 6.

Amil Khan, „Egypt's sweats over Sudan split“, in: *Middle East Times*, 10.8.–18.8.2002, S. 6.

Abdallah F. Hassan, „On the brink of peace“, in: *Cairo Times*, 1.8.–7.8.2002, S. 12/13.